

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2895

des Abgeordneten Axel Vogel

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 5/7316

### **Positionen der Landesregierung Brandenburg in der 909. Sitzung des Bundesrates am 3. Mai 2013**

Wortlaut der Kleinen Anfrage Nr. 2895 vom 17.05.2013:

Das Abstimmungsverhalten in den Sitzungen des Bundesrates wird nicht protokolliert und somit ist es nicht möglich, das Abstimmungsverhalten der Landesregierung Brandenburg mit Hilfe vorliegender Informationen nachzuvollziehen.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 909. Sitzung des Bundesrates am 3. Mai 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 14 (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch)
- TOP 16 (SGB V)
- TOP 21 (Luftverkehrsgesetz)
- TOP 24 (Baugesetzbuch)
- TOP 29 (Hilfen für Schwangere/vertrauliche Geburt)
- TOP 86 (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
- TOP 88 (Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden)
- TOP 89 (Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen)

Namens der Landesregierung beantwortet der Chef der Staatskanzlei die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1: Wie war das jeweilige Abstimmungsverhalten der Landesregierung zu den folgenden Tagesordnungspunkten auf der 909. Sitzung des Bundesrates am 3. Mai 2013 und wie begründet die Landesregierung ihr jeweiliges Stimmverhalten:

- TOP 14 (Zwölftes Buch Sozialgesetzbuch)
- TOP 16 (SGB V)
- TOP 21 (Luftverkehrsgesetz)
- TOP 24 (Baugesetzbuch)
- TOP 29 (Hilfen für Schwangere/vertrauliche Geburt)
- TOP 86 (Bundes-Immissionsschutzgesetz)
- TOP 88 (Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden)

- TOP 89 (Weiterfinanzierung von Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen)

zu Frage 1: Der Gesetzentwurf zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (TOP 14, Drucksache 288/13) wurde auf Initiative Niedersachsens behandelt und sofort in der Sache entschieden. Brandenburg sah das Anliegen, eine Zuständigkeitsvereinheitlichung bei länderübergreifenden Leistungsbeziehungen in der stationären Behandlung, positiv und hat der sofortigen Sachentscheidung, dem Gesetz und der besonderen Eilbedürftigkeit – mit der Mehrheit des Bundesrats – zugestimmt. Der Gesetzentwurf zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (Gesetzliche Krankenversicherung) (TOP 16, Drucksache 190/13) war eine Initiative der Länder Hessen und Baden-Württemberg und behandelt Fahrkosten bei den Kosten der Rettungsdienste. Brandenburg unterstützte die Einbringung mit Änderungsmaßnahmen aus den Ausschussempfehlungen der Ziffer 1 der Strichdrucksache 190/1/13 und hilfsweise die unveränderte Einbringung. Letzteres fand eine Mehrheit im Plenum. Die Begründung ergibt sich aus dem Begründungsteil des Antrages und der Strichdrucksache. Die sofortige Sachentscheidung zum hessischen Landesantrag für ein Gesetz zur Änderung des Luftverkehrsgesetzes (TOP 21, Drucksache 124/13) wurde von Brandenburg und der Mehrheit des Plenums nicht unterstützt. Brandenburg hat zum selben Gegenstand eine eigene Bundesratsinitiative (Drucksache 138/13) im Verfahren und tritt weiter wie von Minister Vogelsänger bei der Einbringung angedeutet für eine mehrheitsfähige Lösung des Problems ein, die allerdings bislang noch nicht gefunden wurde und durch den erneuten Vorstoß Hessens auch nicht vorliegt. Der hessische Antrag wurde in die Ausschüsse überwiesen. Die sächsische Länderinitiative für ein Gesetz zur Ergänzung des Baugesetzbuches (BauGB) (TOP 24, Drucksache 206/13) wurde durch Brandenburg wie auch von einer Mehrheit des Bundesrates nicht unterstützt. Die Landesregierung unterstützt nicht das Ansinnen, fördernde Regelungen zugunsten des Baus von Windkraftträdern zum jetzigen Zeitpunkt inmitten des Prozesses der Energiewende und der öffentlichen Diskussion über mögliche Nejustierungen dabei aufzuheben. Der zustimmungsbedürftige Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Ausbau der Hilfen für Schwangere und zur Regelung der vertraulichen Geburt (TOP 29, Drucksache 214/13) erfuhr eine Stellungnahme des Bundesrates, die mit Ausnahme einer Enthaltung zur Ziffer 14 der Strichdrucksache 214/1/13 durch Brandenburg unterstützt wurde. Die Landesregierung unterstützt den Gesetzentwurf grundsätzlich und teilt darüber hinaus die in der Strichdrucksache begründeten Positionierungen des Bundesrates.

Das Elfte Gesetz zur Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (TOP 86, Drucksache 311/13) war im Vermittlungsausschuss verhandelt worden, insbesondere zur Streitfrage des sogenannten „Schienenbonus“. Im Vermittlungsausschuss wurde ein Kompromiss gefunden, der durch Brandenburg und die Mehrheit der Bundesländer getragen wurde. Zum nichtzustimmungsbedürftigen Gesetz zur Stärkung der Innenentwicklung in den Städten und Gemeinden und weiteren Fortentwicklung des Städtebaurechts (TOP 88, Drucksache 317/13) wollte Brandenburg den Vermittlungsausschuss anrufen. Der entsprechende Plenarantrag 317/2/13 enthält Ziel und Begründung dieses Anliegens, fand jedoch im Bundesratsplenum keine Mehrheit. Der Bundesrat hat den Vermittlungsausschuss zu diesem Gesetz nicht angerufen, das nichtzustimmungsbedürftige Gesetz damit im 2. Durchgang passieren lassen. Ergänzend wurde eine auch von Brandenburg unterstützte Entschließung (siehe 317/13(Beschluss)) gefasst. Die Mehrländerinitiative für ein Gesetz zur Weiterfinanzierung für Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horteinrichtungen (TOP 89, Druck-

sache 319/13) wurde von Brandenburg in der Sache, bei Herbeiführung einer sofortigen Sachentscheidung und der Feststellung besonderer Eilbedürftigkeit unterstützt und fand entsprechende Plenarmehrheiten. Der Landesregierung ist eine gute Schulsozialarbeit und qualitativ hochwertiges Hort-Mittagessen für betroffene Kinder ein wichtiges Anliegen. Deshalb setzt sie sich für die Fortführung der finanziellen Unterstützung aus Bundesmitteln über das bislang vorgesehene Jahresende 2013 hinaus ein.